

## Stellungnahme von SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz zur Ecopop-Initiative

Bern/Lausanne, 7. Mai 2014

### NEIN zur Ecopop-Initiative

Die Ecopop-Initiative "Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen" verlangt, dass die jährliche Nettozuwanderung in der Schweiz im Durchschnitt auf 0,2 % der ständigen Wohnbevölkerung beschränkt wird und gleichzeitig mindestens 10% der in die internationale Entwicklungszusammenarbeit fliessenden Mittel zur Förderung der freiwilligen Familienplanung eingesetzt werden müssen. Mit der Familienplanung nimmt die Initiative ein wichtiges Thema aus dem Bereich sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte auf, für das sich SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz einsetzt. SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz lehnt die Ecopop-Initiative jedoch ab, da die Forderung betreffend Familienplanung aus dem Kontext der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte herausgerissen ist. Mit einer fixen Vorgabe behindert sie zudem nachhaltige Fortschritte. Aus Menschenrechtsperspektive ist die Initiative zudem fragwürdig, weil sie bei der Frage der Sicherung unserer natürlichen Lebensgrundlagen mit Abgrenzung und Begrenzung reagiert, ohne den Ressourcenverbrauch und das Konsumverhalten im eigenen Lande in Frage zu stellen.

Mit Blick auf die Forderung betreffend Familienplanung **lehnt SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz die Initiative aus den folgenden Gründen ab:**

- 1.** Die Initiative verlangt die Förderung der Familienplanung primär als Mittel zur Beschränkung des Bevölkerungswachstums in Entwicklungsländern und nicht als Anliegen der Menschenrechte. Für SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz ist Familienplanung Teil des sexuellen Rechts, selber bestimmen zu können, ob, wann und wieviele Kinder geboren werden sollen. **Die sexuellen Rechte basieren auf den Menschenrechten. Sie sind universell und dienen keiner übergeordneten Absicht.**
- 2.** Fokussiert auf die Frage des Bevölkerungswachstums lässt die Initiative die weiteren zentralen Komponenten des Aktionsprogramms von Kairo ausser Acht. 1994 wurde in Kairo an der UNO-Weltbevölkerungskonferenz das Aktionsprogramm von Kairo von 179 Regierungen, darunter die Schweiz, verabschiedet. **Die reproduktive Gesundheit inklusive Familienplanung wird neben Gleichstellung der Geschlechter, dem Empowerment von Frauen und Mädchen und dem Zugang zu Bildung als zentrales Aktionsfeld für eine nachhaltige Bevölkerungsentwicklung genannt.** Das Aktionsprogramm von Kairo bedeutete ein Paradigmawechsel in der Bevölkerungs- und Entwicklungspolitik, weil diese sich nicht mehr prioritär auf Bevölkerungszahlen ausrichtete, sondern auf die Menschenrechte. **Die Ecopop-Initiative dagegen greift die Familienplanung als Einzelmassnahme zur Stabilisierung der Bevölkerungszahlen heraus, was ein bedenklicher Rückschritt ist.**

3. Die Initiative reisst Familienplanung als Einzelmassnahme aus dem Kontext der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte heraus und ist damit nicht zielführend. Familienplanung ist für SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz ein wichtiger Teil im umfassenden Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte und soll entsprechend integriert behandelt werden. SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz setzt sich dafür ein, dass der Zugang zu Familienplanung für alle, auch für vulnerable Gruppen, verbessert wird. Eng damit verknüpft sind aber auch Themen wie die Prävention von HIV/Aids und anderen sexuell übertragbaren Infektionen, Zugang zu medizinischer Versorgung während der Schwangerschaft und Geburt, Zugang zu einem medizinisch fachgerecht durchgeführten Schwangerschaftsabbruch, sexuelle Gewalt, Gleichstellung der Geschlechter und Sexualerziehung. Ecopop dagegen definiert Familienplanung im engen Sinn als die Bereitstellung von Verhütungsmitteln begleitet durch Information und Beratung. Die Realität in Entwicklungsländern zeigt, dass alleine die Bereitstellung von Verhütungsmitteln nicht ausreicht, damit Frauen darüber bestimmen können, ob und wann sie Kinder haben. Faktoren wie Armut, Gleichstellung der Geschlechter, Selbstbestimmung von Frauen und Mädchen, Zugang zu Gesundheitsdiensten sind ebenso bestimmend dafür, ob jemand die sexuellen Rechte beanspruchen kann. **Von zentraler Bedeutung zur Verhinderung von ungewollten Schwangerschaften ist deshalb neben dem Bereitstellen von Verhütungsmitteln und Informationen auch die Stärkung der Rechte der Betroffenen, Investitionen in die Bildung von Mädchen, Zugang zum Erwerbsleben, Bekämpfung von Geschlechterdiskriminierung und sexueller Gewalt, Verbot von Zwangsheirat und umfassende Sexualerziehung.**
4. Die Initiative behindert mit ihrer strikten Vorgabe das von der Schweiz im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit geleistete Engagement zur umfassenden Förderung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und Rechte. Mangels aufgeschlüsselter Daten ist es derzeit sowieso schwierig, genau aufzuzeigen, wieviel Geld im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit in den Bereich reproduktive Gesundheit und Familienplanung fliesst. Angesichts dieser mangelnden Transparenz, die in einem ersten Schritt verbessert werden müsste, macht es keinen Sinn, für eine Einzelmassnahme in einem komplexen Umfeld strikte Vorgaben zu machen. **Dies kann sich vielmehr kontraproduktiv auswirken und umfassende Massnahmen behindern bzw. ihnen die finanziellen Mittel entziehen, welche nachhaltig den Zugang zu Familienplanung verbessern würden.**
5. Die Forderung nach strikter Förderung einer Einzelmassnahme mit entsprechender Vorgabe an die Deza steht im Widerspruch zur komplexen Debatte um die globale Post-2015-Agenda, welche auch nachhaltige Entwicklungsziele umfassen wird. **Die sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte müssen in der Post-2015-Agenda enthalten sein, sie sind aber auch eng verflochten mit Forderungen nach der Umsetzung der Menschenrechte, der Bekämpfung von Armut, der Beseitigung von Ungleichheiten und women empowerment.** SEXUELLE GESUNDHEIT Schweiz setzt sich dafür ein, dass die sexuelle und reproduktive Gesundheit und Rechte inklusive Familienplanung in dieser wegweisenden Agenda post-2015 verankert sind und Ungleichheiten bekämpft werden.

## Links

---

<http://www.ecopop.ch/joomla/index.php/de/>

Botschaft des Bundesrates zur Ecopop-Initiative

<http://www.admin.ch/opc/de/federal-gazette/2013/8693.pdf>